

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 49 (2022)
Heft: 1

Artikel: Erst applaudierten die Menschen auf ihren Balkonen - jetzt aber belohnen sie die Pflegenden an der Urne
Autor: Rutz, Eveline
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1052159>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Erst applaudierten die Menschen auf ihren Balkonen – jetzt aber belohnen sie die Pflegenden an der Urne

Bessere Arbeitsbedingungen, mehr Autonomie, höhere Wertschätzung: Die Pflege wird in der Schweiz gestärkt. Die Initiative des Berufsverbands der Pflegenden hat an der Urne einen historischen Sieg errungen. Ihre Umsetzung wird allerdings noch zu reden geben.

EVELINE RUTZ

Applaus allein reicht nicht. Mit diesem Slogan haben die Pflegenden in den letzten Monaten für bessere Bedingungen gekämpft. Eine Mehrheit des Schweizer Stimmvolks teilt ihre Ansicht. Rund 61 Prozent haben sich am 28. November 2021 für die Initiative «für eine starke Pflege» (siehe auch «Schweizer Revue» 5/2021) ausgesprochen. Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sagten mit 58,3 Prozent ebenfalls deutlich Ja.

Das Resultat ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zum ersten Mal ist es einem Volksbegehren aus gewerk-

schaftlichen Kreisen gelungen, auf nationaler Ebene zu reüssieren. Die Initiative ist zudem erst das 24. Volksbegehren in der Geschichte des Bundesstaates, das angenommen wurde. Sie erlangte ungewöhnlich hohe Zustimmung und mobilisierte stark. Die Stimmbeteiligung lag bei 65,3 Prozent und erreichte damit den vierthöchsten Wert seit 1971. Damals wurde das Wahl- und Stimmrecht für Frauen eingeführt. Dass sich viele Menschen an der Abstimmung beteiligten, hat auch mit dem Covid-Gesetz zu tun. Dieses stand am gleichen Tag zur Debatte und war hitzig diskutiert worden.

Die vor der Abstimmung erneut hochschnellenden Corona-Zahlen haben die bedeutende Rolle der Pflegenden verdeutlicht und zum klaren Ja zur Initiative beigetragen. Foto Keystone



Ein Ja in fast allen Kantonen

Dass die Forderungen der Pflegebranche in der Bevölkerung auf viel Verständnis stossen, hatten Umfragen früh gezeigt. Unsicher war jedoch, ob der Vorstoss das Ständemehr – also die Zustimmung der Mehrheit der Kantone – schaffen würde. Diese Hürde, die Volksbegehren oft zum Verhängnis wird, überwand die Pflegeinitiative letztlich aber äusserst komfortabel: Bis auf Appenzell Innerrhoden haben ihr alle Kantone zugestimmt.

Dass es in der Pflege Reformen braucht, war allgemein unbestritten. Pflegende arbeiten zunehmend am Limit. Viele steigen vorzeitig aus dem Beruf aus – oft schon in jungen Jahren. Personalverantwortliche bekunden Mühe, Fachkräfte zu finden. Gleichzeitig wird eine alternde Gesellschaft in Zukunft auf zusätzliches Pflegepersonal angewiesen sein. Experten warnen daher: Ohne griffige Reformen dürften bis 2030 rund 65 000 Pflege-Mitarbeitende fehlen.

Pandemie verdeutlichte die Lage

Der Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, SBK, hat seinen Lösungsansatz bereits 2017 vorgelegt. Dieser hat seinen durchschlagenden Erfolg auch Corona zu verdanken. Die zahlreichen Medienberichte aus Spitälern, Pflege- und Altersheimen haben der Bevölkerung vor Augen geführt, was Pflegende rund um die Uhr leisten. Vielen wurde bewusst, dass sie selbst oder Angehörige plötzlich auf Hilfe angewiesen sein könnten. In den Wochen vor dem Volksentscheid spitzte sich die pandemische Situation einmal mehr zu. Die Fallzahlen stiegen rasant und mit Omikron sorgte eine neue Virusvariante für Schlagzeilen. Und fast zeitgleich mit der Abstimmung mehrten sich Meldungen aus Spitälern, sie müssten in der Intensivmedizin wohl bald auf eine Triage setzen, also auf den harten Entscheid, wem man noch eine lebensrettende Behandlung gewähren könne und wem nicht.

Ein Zeichen der Wertschätzung

«Gerade in der Krise zeigt das Pflegepersonal, was es leistet und wie wichtig seine Arbeit ist», sagte Gesundheitsminister Alain Berset am Abstimmungssonntag. Das deutliche Ja zur Vorlage sei ein Zeichen der Wertschätzung und des Dankes. Die Pflegenden jubelten. SBK-Geschäftsführerin Yvonne Ribi (siehe Seite 31, Rubrik «Herausgepickt») freut sich über die Solidarität der Bevölkerung. Mit den beschlossenen Massnahmen lasse sich der Pflegenotstand beseitigen, sagt sie: «Nun erwarten wir von der Politik, dass unsere Anliegen ernst genommen und rasch umgesetzt werden.»

Zweites Ja zur Corona-Politik

Schon zum zweiten Mal haben die Stimmberechtigten die Corona-Politik von Bundesrat und Parlament unterstützt. Mit 62 Prozent hiessen sie das Covid-19-Gesetz gut, das unter anderem die Zertifikatspflicht sowie Wirtschaftshilfen regelt. Die Fünfte Schweiz sagte sogar mit 68,5 Prozent Ja. Nach einem teilweise gehässigen Abstimmungskampf sprachen Beobachter von einem Vertrauensvotum für den behördlichen Umgang mit der Pandemie. Das Resultat fiel deutlicher aus als im Juni, als das Gesetz zum ersten Mal zur Abstimmung gelangte. Damals machten die Ja-Stimmen 60,2 Prozent aus. Die Schweiz ist weltweit das einzige Land, in dem das Volk über Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie abstimmen kann. Der Abstimmung über das Corona-Gesetz gingen zahlreiche – zum Teil auch gewaltsame – Proteste von Massnahmen-Kritikern voraus.

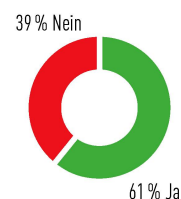
Keine Richter-Wahl im Losverfahren

Die so genannte Justiz-Initiative scheiterte mit 68,1 Prozent Nein-Stimmen deutlich. Sämtliche Kantone lehnten den Vorschlag ab, die Mitglieder des Bundesgerichts künftig per Los zu bestimmen. Auch 65,3 Prozent der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer stimmten dagegen. Der Einfluss der Parteien bleibt damit unverändert. Richterinnen und Richter müssen in der Schweiz zwingend einer Partei angehören und dieser eine Mandatssteuer zahlen. (ERU)

Das bereits Klare rasch umsetzen

An sich wäre es nun am Bundesrat, einen Vorschlag zur konkreten Umsetzung der Initiative zu machen. Um schneller zu einem Ergebnis zu kommen, schlägt das Initiativkomitee jedoch einen anderen Weg vor: die vom Parlament bereits beschlossene und unbestrittene Aus- und Weiterbildungsoffensive möglichst rasch umzusetzen und den Bundesrat nur die restlichen Punkte klären zu lassen. Auch die vom Parlament im Sinne eines Gegenvorschlags zur Initiative bereits festgelegten neuen Regeln, unter welchen Bedingungen Pflegefachleute künftig Leistungen selbst anordnen und abrechnen können, müssen nach Meinung der Abstimmungsgewinnerinnen nicht mehr neu diskutiert werden. Es gelte sie rasch umzusetzen. Die Sozialdemokraten haben einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. Die Mitte schliesst nicht aus, für dieses Vorgehen Hand zu bieten. Deren Nationalrätin Ruth Humbel (AG) betonte gegenüber Radio SRF allerdings, dass dieser Weg

Das Volks-Ja zur Pflegeinitiative fiel sehr deutlich aus. Die Fünfte Schweiz stimmte mit 58 Prozent ähnlich klar zu.



ebenfalls Zeit brauchen werde. «Wenn dieser erste, unbestrittene Teil optimal läuft, dann kann er in zwei, drei Jahren in Kraft treten.» Kritische Stimmen sind im bürgerlichen Lager zu hören. FDP-Nationalrat Matthias Jauslin (AG) gibt zu bedenken, dass das Parlament Kompromisse



Gesundheitsminister Alain Berset wertet das deutliche Ja als Zeichen der Wertschätzung und des Dankes ans Pflegepersonal. Foto Keystone

eingegangen sei, um die Initiantinnen und Initianten zu einem Rückzug zu bewegen. Diese Beschlüsse seien nun wieder in Frage gestellt. «Der Gesetzgebungsprozess fängt jetzt noch einmal an.» Laut Initiativtext haben die beiden Kammern dafür vier Jahre Zeit.

Tarife und Personalfragen sind umstritten

Was dem Bundesrat beim zweigleisigen Vorgehen bliebe: Er müsste die weiteren Forderungen innerhalb von 18 Monaten konkretisieren und insbesondere aufzeigen, wie erreicht werden kann, dass die Pflegenden in ihrem Alltag zufriedener sind und länger im Beruf bleiben. Er wird sich etwa mit den Löhnen und den Zuschlägen für die Nacht- und Sonntagsarbeit befassen müssen, sowie mit dem Personalschlüssel, also der Festlegung der Zahl der Pflegenden auf eine bestimmte Zahl von Patienten. In diesen Bereichen mehrheitsfähige Lösungen zu finden, dürfte nicht einfach werden. «Wir werden den Druck hochhalten», kündigt Yvonne Ribian. Das Komitee werde nicht zulassen, dass die Initiative in der politischen Debatte verwässert werde. Die Gegnerschaft verspricht ihrerseits, die Kosten im Blick zu behalten. Diese dürften sich nicht ausweiten, was das Ja-Lager im Abstimmungskampf zugesichert habe.

Die Stimme der Kantone

Wann und wie das Volksbegehren in der Praxis Wirkung entfalten wird, hängt aber nicht allein vom Bund ab. Er hat lediglich die Kompetenz, Leitlinien vorzugeben. Für die Umsetzung sind die Kantone und teilweise die Gemeinden zuständig. Diese föderale Struktur erschwert es, Reformen rasch und einheitlich umzusetzen. Bis die Pflegenden in ihrem Berufsalltag Veränderungen wahrnehmen werden, dürfte es daher noch ein paar Jahre dauern.

Schweizer Zahlen

Lärmige Städte, leere Hotelbetten

60

Die lärmigste Stadt der Schweiz ist Genf. Dort werden 33 Prozent aller Wohnungen mit über 60 Dezibel beschallt. Das ist so laut, als hätte man einen ständig laufenden Rasenmäher vor der Haustür. Am zweit- und drittlärmigsten sind Lugano und Lausanne. Weniger lärmig ist es in den Städten der Deutschschweiz. Schon fast verdächtig ruhig ist es in Bern. Dort sind nur 4,6 Prozent der Wohnungen stark lärmbelastet.

279 248

Wer unter Lärm leidet, braucht Erholung. Dazu ein Gedankenexperiment! Falls ein Jahr lang alle Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz Lust auf Ferien in einem Schweizer Hotel hätten: Würde der Platz überhaupt für alle ausreichen? Die Antwort: Die insgesamt 279 248 Betten der Schweizer Hotels genügten, um jedem und jeder fast zwei Wochen Hotelferien zu garantieren.

72

Die Hotels hätten sicher Freude an der riesigen Gästeschar aus dem eigenen Land. Ihnen fehlen derzeit die Gäste aus dem Ausland. 2020 lag die Zimmerauslastung bei 28 Prozent. 72 Prozent der Zimmer standen im Schnitt leer. So wenige Übernachtungen wie 2020 verzeichnete die Schweizer Tourismusindustrie zuletzt in den 1950er-Jahren.

11:1

Mehr Ferien im eigenen Land trügen wohl zu mehr Verständnis zwischen Stadt und Land bei. Der oft beklagte Stadt-Land-Graben würde kleiner. Die Kritik vom Lande: Die arroganten Städte geben politisch immer mehr den Tarif durch. Das wurde jetzt untersucht. Die wundersame Erkenntnis: Bei den letzten zwölf umstrittenen Volksinitiativen setzte sich «das Land» elfmal durch, die Städte nur einmal. Als wahr erwies sich das Gegenteil des Vorurteils.

41

Kann man in dieser Rubrik auch etwas zum Alltag der «Schweizer Revue» sagen? Wir probieren es: 2020 brach in der Schweiz der Luftfrachttransport ein. Im April 2020 betrug der Rückgang 68%, im Jahresmittel 41%. Besonders betroffen waren Postsendungen, denn diese werden im Unterdeck von Passagierflugzeugen befördert. Stehen diese am Boden, verspätet sich die Post um Tage, Wochen, manchmal Monate. Wir wissen es: Sie haben dies durchaus gemerkt.

ZUSAMMENSTELLUNG: MUL